

Die Zeit

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen (Jahrbuch, Beilagen, „Kinderblatt“ sowie „Wolk“ etc.) Unverändert eingehenden Manuskripten (für die Redaktion) beizufügen. Das „Volksblatt“ ist das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Verbände. — Einzelheftung: Preis 2 Pfennig. — Einzelheftung: Preis 2 Pfennig. — Einzelheftung: Preis 2 Pfennig. — Einzelheftung: Preis 2 Pfennig.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungen-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Ein Abheftung: 1,50 Mark. Postbezugspreis monatlich 2,20 Mark ab Postamt ab. a. Postämtern ausgestellt 2,40 Mark. Bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,30 Mark. Anzeigenpreis 12 Pfg im Anzeigen- und 60 Pfg im Reklameteil. b. Mithimer. — Hauptgeschäftsstelle: Hans 42/44 Fernruf 24 606. — Zweigstelle: Dr. Ulrichstraße 27 — Postfachkonto 20819 Erfurt

Es wird geredet.

Wann wird endlich in der Tat abgerufen?

Bei der Vorbereitenden Abrüstungskommission.

Genf, 9. April. (Eig. Drahtbericht.)

Am Freitag trat die Vorbereitende Abrüstungskommission in die Diskussion über die Einschränkung der Militärhaushalte ein, wobei der belgische Sozialist de Brodère eine außerordentlich wichtige Rede hielt. Die Mehrheit des Interessenschuldes stimmte der Beschränkung der Militärausgaben als einer indirekten Abrüstungsmethode zu. Die amerikanische Delegation lehnte den jedoch Widerstand entgegen. De Brodère wies darauf hin, daß die Kommission bisher nichts Positives erreicht habe; Was die Beschränkung der effektiven Truppenzahl (aktive Truppen), noch der Flotte, noch der Marinefliegerei. Die Kriegsmaterialvorräte könnten einige durch Ausgabebeschränkung erreicht werden. Wenn man auch in diesem Punkte nicht zu einem positiven Ergebnis gelangte, so werde die Abrüstungskommission keine Kontinuität für die Abrüstung, sondern nur eine für die Regelung der militärischen Fragen sein. Zum Schluß appellierte er Brodère an die reichen Länder, die ihren Reichtum nur benutzen wollten, um die armenen Länder zu erdrücken.

Lord Cecil vertrat die Brodère aus trocken mit dem Hinweis auf die langsame Entwicklung der Abrüstungsbewegung. Es geht doch immerhin vorwärts. Er sprach sich nicht direkt gegen die Ausgabebeschränkungen aus und schloß mit den Worten: Gesundheit, Gebild und normaler Gebild sei das Geheimnis und Hauptgesamtheit in der Abrüstungsfrage. Der französische Sozialist Paul Boncour stimmte in einer etwas zurückhaltenden Rede mit den Ausgabebeschränkungen zu. Er ließe aber unverständlich, wenn man dem Abrüstung nicht weitere Kontrollen und Rechtsmittel in die Hand gebe.

Der deutsche Delegierte, Graf Bernstorff, führte in kurzer und eindrucksvoller Rede aus, daß er die militärische Beschränkung nicht befehle, aber ihren Wert erst darin liege, wenn sie sich auch auf die Beschränkung der Ausgaben übertragen ließe, und der Kriegsmaterialvorräte erziele. Wenn in diesem Punkte keine Ergebnisse erzielt werden könnten, dann sei allerdings der Bestimmung von Brodère vollumfänglich gerechtigt. Im Abrüstungsbahis sei nicht nur von einer Begrenzung, sondern von einer Verapung der Ausgaben die Rede. Das sei seiner Auffassung nach die wichtigste Aufgabe des Abrüstungsbahis. In Lord Cecil gewandt, sagte er: „Wenig ist Gebild eine wichtige Eigenschaft in der Politik. Das deutsche Volk hat aber in der Abrüstungsfrage eine so große Gebild an den Tag gelegt, wie es noch nie in der Geschichte gesehen ist.“

Die Lage in China.

Der russische Protest in Peking.

Peking, 8. April. (Reuters.)

Anfolge der Durchsuchung der zur Sowjetbotschaft gehörenden Gebäude hat der russische Botschaftsrat in Peking am 8. April beschlossen, für den Augenblick die Angelegenheit wieder zu übernehmen. Er hatte heute nachmittag eine Versammlung mit Eckengolden, dem er empfahl, die bei der Durchsuchung festgenommenen Personen durch ordentliche Gerichte aburteilen zu lassen. Eckengolden lehnte aber ab. Er soll die Befehle haben, die Befragten vor die Kriegsgerichte zu bringen. Die Missionare sind der Meinung, daß jegliche Tätigkeit der Missionare in den unter der Herrschaft der Nationalisten stehenden Gegenden bis auf weiteres eingestellt werden muß.

Wassau, 8. April. (M.B.)

Zum Protest des russischen Geschäftsträgers in Peking beim chinesischen Ministerium des Äußeren wegen des Vorgehens der chinesischen Polizei wird hier bekanntgegeben: Die Sowjetbotschaft in Peking hat dem Ministerium des Äußeren eine Note angedeutet lassen, in der sie einen außerordentlichen Protest gegen die unzulässige und die ungewollte Verletzung der Exterritorialitätsrechte der Sowjetbotschaft erhebt und erklärt, daß sie die Schritte der Sowjetregierung abwarten, um weitere Schritte zu unternehmen.

Noch kein gemeinsames Programm

Umfangreichen der antiliberalen Bewegung in China?

Paris, 9. April. (Eig. Drahtbericht.)

Dem „Temps“ zufolge sind in Peking zwischen den diplomatischen Vertretern Frankreichs, Großbritannien, Amerikas, Italiens und Japans immer noch Verhandlungen im Gange, um ein gemeinsames Programm ausgearbeitet, das den beteiligten Regierungen vorgelegt und als Grundlage für ein China bezugnehmendes „Internationales Programm“ dienen soll. Die chinesische Polizei hat, wie aus Schanghai gemeldet wird, am Donnerstag von neuem bei fünf sowjetrussischen Handelsfirmen in Peking, die unter dem Verdacht sowjetrussischer Propaganda stehen, Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die antikomunistische Bewegung soll, dem „Temps“ zufolge, am sich greifen. Keine

Am Nachmittag trat der amerikanische Delegierte dem Bestimmung von Brodère entgegen. Man sieht jetzt allerdings im Zentrum der Auseinandersetzungen, doch hätten die Verhandlungen über die gegenseitig möglichen Konzeptionen noch nicht begonnen, und man hoffe bestimmt, daß man zu einer vollständigen Verständigung gelangen werde. Dabei war es überwiegend, daß der Amerikaner zum eigentlichen Thema nichts sagte, da er keine weitere Absicherung der Beschränkung der Militärausgaben nicht wiederholte. Der schwedische Delegierte behielt sich seine Stellungnahme zur Beschränkung der Militärausgaben bis nach der Beratung des deutschen Vorschlages vor. Dann kam Paul Boncour auf die Ausführungen des Grafen Bernstorff zurück. Der französische Delegierte erklärte, er fühle es als seine Pflicht zu betonen, daß die Abrüstung des Abrüstungsbahis für die Abrüstungsbegünstigungen durch den deutschen Delegierten zutreffend sei. Dagegen könne er Graf Bernstorff nicht zustimmen, wenn man aus den Bestimmungen des Paktes neben der Abrüstungsbegünstigung auch den Anspruch auf eine Angleichung (Stimmeln) der Abrüstungen ziehe. Eine solche sei unmöglich und schon durch Artikel 8 des Paktes selber ausgeschlossen, der von einer Verächtlichmachung der besonderen Lage der einzelnen Länder spreche. Graf Bernstorff stellte sich demgegenüber die Überzeugung der Französischen und der deutschen Abrüstung über die rechtliche und moralische Bedeutung der Bestimmungen des Abrüstungsbahis fest, wies aber darauf hin, daß ein Land, mitten in Europa wüßte, unangekommen und weder in der Lage, sich materiell gegen feindliche Angriffe zu verteidigen, noch seinen Widerstand gegen über neue Vorfälle nachzukommen, nicht recht wolle zu demselben Stand, das Paul Boncour vom Abrüstungsbahis gezeichnet habe. Vor diesen Vorfälle noch zu verlangen, daß dieser Zustand auch in der Abrüstungs-Konvention vereinbart würde, wäre gewiss unzulässig. Der deutsche Delegierte schloß mit einem Hinweis auf einen französischen offiziellen Text, Frankreich kämpft für die „Gleichheit der Nationen“ und fügte hinzu, daß er auch für Deutschland eine entsprechende Anwendung erwarte.

De Brodère entgegnete verschiedenen Rednern, er sei durchaus nicht Bestimmt geworden, für ihn bleibe die Frage nur die, ob die Abrüstung, die nachkommen werde und kommen muß, hier und an der jetzigen Zeit, ihre erste Grundidee erhalte oder später und anderswo durch andere Leute. Dann erklärte er u. a. Lord Cecil, ob er seine Anzögerung, die Abrüstungsbahis-Beschränkung im Prinzip in die Einleitung der Abrüstungskonvention anzunehmen, schon jetzt schriftlich vorzuliegen in der Lage wäre. Lord Cecil kam diesem Bunde sofort nach und legte einen entsprechenden Text vor.

Deuts. Sonnabend, folgt die Beratung des deutschen Vorschlages einer Beschränkung der Materialvorräte der Landarmeen, bei welchem es ebenfalls eine schwere Debatte abgeben wird.

Zivilpersonen darf Waffen tragen. Am Donnerstagabend wurden Militäroffiziere, die sich geweigert hatten, ihre Waffen abzugeben, erschossen. Den Wäffern zufolge ist es auch verboten, kommunistische Propaganda zu verbreiten. Die familiären Gerichte der 2. Kammer haben am Donnerstag einen Kriegsrat abgehalten und antikomunistische Beschlüsse gefaßt, die aber vorläufig noch geheim gehalten werden.

Russische Truppenskonzentrationen an der Chinesischen Grenze?

Paris, 9. April. (Radiomeldung.)

Das „Echo de Paris“ meldet, daß die Sowjets umfangreiche Truppenskonzentrationen an der Grenze Chinas, besonders in Mongolien, vornahmen. Dieses Land werde in einen Waffenplan erliegen ungewandelt. Alle dort befindlichen Truppen seien durch die Garnisonen aus dem Ural und aus Nordkasakien verdrängt worden. Dazu seien Truppen aus Ostsibirien und endlich aus Sibirien herangezogen worden, besonders die 11. Armee. Die Absicht der Sowjets sei, dem mit aufstrebender einer Armee herbeizuführen, als die Handlung und Beweinungsrecht der chinesischen Nordtruppen zu beeinträchtigen.

Breussischer Landtag.

Berlin, 9. April. (Soz. Pressendienst.)

Der Breussische Landtag nahm in der Freitagvormittagssitzung nach Erledigung seiner Vorarbeiten zunächst den Gesehenswerten zur Verrechnung und Verbesserung von Arbeiterwohnungen auf den Staatsdomänen ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung an, desgleichen die Vorlage über Erbauung von Arbeiterwohnungen in den Kreisgemeinden. Die Absicht der Sowjets sei, dem mit aufstrebender einer Armee herbeizuführen, als die Handlung und Beweinungsrecht der chinesischen Nordtruppen zu beeinträchtigen.

Banfere und Krafel.

Zur Annahme des Arbeitszeitgesetzes.

Die Arbeitszeitkammer ist am Freitag im Reichstag vom Bürgerblock mit der Annahme des Gesetzes befreit worden. Mit 114 und 114, mit 105 gegen 184 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen wurde das Arbeitszeitgesetz angenommen. Um ein Paar wäre das Gesetz der Unternehmer, dies Maßwerk eines liberalen Handbundes, durchgefallen. Hätten die Arbeitervertreter in den Regierungsparteien den Vorschlag, aus der Protestbewegung der von ihnen vertretenen Arbeiterkreise gegen das Arbeitszeitgesetz der Regierung die Abstimmungen zu ziehen, dann wäre dem Reichstag die Arbeitszeitkammer erspart geblieben.

Abgeordneter Grafmann, der zweite Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, hat vor einigen Tagen die Absicht über das Gesetz mit dem Reichstag, die Arbeiterkraft wird sich mit gebolter Faust holen, was ihr das Gesetz verweigert — überaus wirkungsvoll eingeleitet hatte, was noch einmal warnend darauf hin, daß mit der Verabschiedung des Gesetzes die 114 Arbeiterverhältnisse und vor allem die Überstundenmehrmehrheit nicht befreit werden. Die Warnung verfaßte bei den Regierungsparteien ungehört. Bei der Arbeiterkraft aber wird man für die Leute stehen: Man erhebt nicht. Man erhebt nicht für den Arbeiterblock! Die Bewegung um Verkürzung der Arbeitszeit, um die Durchführung des Abrüstungsbahis, wird nach der Annahme des Gesetzes erst recht zu einer elementaren Massenbewegung werden. Für Arbeiter, die kein Baus und kein Die für das Erwerben und Schonen der modernen Arbeiterkraft haben, können denken, daß man mit parlamentarischen Substanz die Abrüstungsbewegung ein Schlimmeres schlägt. Die Arbeitszeitbewegung ist heute eine Weltbewegung. Deutschland kann auf die Dauer unmöglich bei seinen vorurteilhaften Arbeiterverhältnissen beharren. Der Abrüstungsbahis muß kommen.

Das wissen natürlich auch die christlichen Arbeiterführer, und sie sind sich seine Gebilde darüber im Klaren, gewendet, daß das Arbeitszeitgesetz für länger fälligen und so bitter notwendigen Arbeitszeitreform nicht anhaltbar Rechnung trägt. Aber aus politischen Gründen müssen Leute wie es getragt wird, was ihnen vor dem Abschluss des Arbeitszeitkompromisses noch als „Mißgeburt“ erschien, jetzt als Erfolg hinstellen. Das nicht leicht ist, liegt auf der Hand, und die Kritik, die an dem Arbeitszeitgesetz von den Antiparteien im Reichstag geübt wurde, hat bereits überaus viele Herrn Stegerwald angefaßt. Seine Rede während der Aussprache allein auf dieser Platte — die Arbeitszeitkammer hat sich abgedrückt — den Anwalt für das Gesetz der Unternehmer zu machen, war nicht beendenswert, kein Wunder, wenn er schließlich zum Schluß veräußert, gerecht und festschreibend sich wie der Gejant im Fortzellanladen benommen hat.

Herr Stegerwald wollte am Freitag vor der Abstimmung über das Gesetz seinen besten Luft machen. Er hatte sich was ganz Besonderes vorgenommen. Dabei seine gepreßte Anführerschaft, daß er einige „hochpolitische“ Bemerkungen machen wolle. Was er bezogte, waren nur hochpolitische Dummbheiten. Er verteilte sich zu Drobungen gegenüber der Sozialdemokratie; dem andern als Drohung kann seine Behauptung, die Mitregierung der Sozialdemokratie hänge in Preußen nicht von der Sozialdemokratie, sondern vom Zentrum ab, nicht aufgehen werden. Sozialdemokratie, hüt dich, machst du, um mit deiner Politik allseitig zu schaffen, denn lassen wir dich in Preußen fallen!

Herr Stegerwald, kommen auch gut nicht! Dem Zentrum ist es in Preußen bis jetzt in der Koalition mit der Sozialdemokratie ganz am angehen, so gut, daß einigen Einflüssen wie Stegerwald vielleicht zu wohl geworden ist. Wenn dem Ziel zu wohl ist, geht er auf Eis. Ebenfalls ist das Zentrum in Preußen nicht um der Sozialdemokratie willen in der Koalition, sondern um seiner selbst willen. Um übrigen werden die preussischen Zentrumspolitiker selbst sehr gut die Unterschiede zwischen dem System Braun-Seyering-Grzesinski über dem System Stegerwald zu würdigen wissen. Herr Stegerwald war ja auch einmal in Preußen Ministerpräsident. Ein Gedächtnis war es ja gerade nicht, diese Ministerpräsidentenschaft Stegerwalds!

Herr Stegerwald reitet eine Axtide gegen die Sozialdemokratie. Warum? Gleich, er ohne die Sozialdemokratie vielleicht keinen Sozialpolitik machen zu können? Will er sie mit den Kommunisten machen? Was er mit den Rechtsparteien für eine Sozialpolitik auf die Beine stellen kann — nun das hat er ja jetzt eben beim Vortage in geradezu absehbare Weise erleben müssen. Wozu die Aufregung, Herr Stegerwald? Die katholischen Arbeiter sind doch ganz genau im Bilde. Sie wissen, daß sie schon so oft, so halt auch diesmal die Arbeiterinteressen zurückgehen müssen, wenn im Zentrum eine hohe Politik gemacht wird. Zunächst muß die futurpolitische Erneuerung in die Scheuern gebracht werden. Die Rechtsparteien aber, vor allem die Deutsche Volkspartei, lassen sich Schauligkeit und Kontrast teuer kaufen. Die Wilson von allem: in der Kulturpolitik Kontrast, in der Sozialpolitik Kontrast! Hat Herr Stegerwald das Verständnis, die Bestimmungen auf sozialpolitischen Gebiet möglichst tief in die breiten Arbeiterkreise hineingetragen? Soll

